REGION Donnerstag, 6. November 2003 Linth Zeitung

# Vier Stühle und zwei Meinungen

Rapperswil/Jona: Streitgespräch zum Thema Vereinigung zwischen dem Stadt- und dem Gemeindepräsidenten und Vertretern der «Aktion Jona»

Gesagt worden ist schon alles, diskutiert allerdings nicht. Ein Gespräch zwischen Walter Domeisen, Stadtpräsident von Rapperswil, Beni Würth, Gemeindepräsident von Jona, sowie Max Schneider und Martin Heggli von der «Aktion Jona» brachte Klarheit über die Unverrückbarkeit der Positionen – aber auch zum einen oder anderen Missverständnis.

MICHAEL KASPAR

Als sie wieder gingen, waren die Positionen und Meinungen noch die gleichen, wie als sie gekommen waren. Dazwischen aber hat sich einiges getan. Auf Einladung der «Linth Zeitung» traf man sich an einem Tisch und diskutierte über Pro und Kontra zum Thema Vereinigung von Rapperswil und Jona. Die Abstimmung dazu folgt schon bald, am 30. November.

# Im Moment ist alles gut

Unbestritten war der Status quo. Die Situation von Jona und Rapperswil ist gut, man lebt bequem und schön und könnte eigentlich zufrieden sein. «Beide Gemeinden sind heute auf hohem Niveau», wie Beni Würth meinte. Da Max Schneider ein Motorsportfan ist, nahm Würth einen entsprechenden Vergleich. «Die Agglomeration Rapperswil-Jona ist ein Motor. Dieser läuft gut, wenn beide Zylinder gleichmässig laufen. Wenn dies nicht mehr der Fall ist, haben wir alle ein Problem.» Und: «Die entscheidenden Fragen betreffen immer beide Gemeinden, seien es Infrastruktur- oder Verkehrsfragen.» Heute müsse man mit grossem Aufwand eine Lösung erarbeiten. Das funktioniere zwar, aber um die Probleme der Zukunft meistern zu können, brauche es eine Politik aus einem Guss. Und das sei nur mit einer Vereinigung sinnvoll.

«Zwei Motoren sind immer besser», entgegnete Max Schneider. Es gebe doch bessere Lösungen, wenn zwei Gehirne darüber nachdenken. «Gerade die Unterschiede der beiden Gemeinden sind eine Bereicherung für die ganze Region.» Er zog den Vergleich zur Wirtschaft: «Grosse Konglomerate beginnen heute wieder zu zerfallen. Ein grosser Betrieb, oder eben eine grosse Gemeinde, ist

«Eine grosse

**Gemeinde ist schwie-**

riger zu führen als

eine überblickbare»

schwieriger zu führen als eine überblickbare.» Relativiert wurde dies von Wal-Domeisen, der einwarf. dass eine vereinigte Gemeinde rund 25 000 Einwohner hätte

und damit noch lange nicht unüberblickbar wäre - auch wenns die zweitgrösste Stadt im Kanton sei.

«Bessere Lösungen gibt es nur dann, wenn die zwei Gehirne zum selben Ergebnis kommen», nahm Beni Würth den Faden wieder auf. In einem so eng verzahnten Gebiet, wie es Jona und Rapperswil heute seien, könnten unterschiedliche Philoso-

> Anneige UTIN CONTROL





Walter Domeisen: «Es ist der richtige Weg für die Zukunft.»



Max Schneider: «Wir wissen nicht, was auf uns zukommt.»



Beni Würth: «Es braucht eine Politik aus einem Guss.»



Martin Heggli: «Es ist eher ein Schritt zurück.» Geri Schedl

phien eben auch zu Problemen führen. Erstes Beispiel: die Spinnereistrasse. Diese Grenzstrasse werde von Jona und von Rapperswil unterschiedlich bewertet, ebenso wie die Alte Jonastrasse. Walter Domeisen beschriebs anschaulich: «Für die Joner ist die Alte Jonerstrasse ein Verbindungsstrasse nach Kempraten, für uns nicht.» Nach Rapperswiler Meinung müsste die Neue Jonastrasse die Verbindungsfunktion wahrnehmen und die Alte Jonastrasse eher abgewertet werden. «Wir sind uns in dieser Frage nicht einig, also passiert auch nichts. Wir haben eine

unterschiedliche Philosophie und konnten uns bisher nicht einigen.» In einer vereinigten Stadt könnten solche Probleme - die Alte Jonastras-

se müsste eigentlich schon lange saniert werden - nicht einfach auf die lange Bank geschoben werden. Domeisen: «Da gäbe es eine einzige Behörde mit einer

# Zu viele Unbekannte

einzigen Ansicht.»

MAX SCHNEIDER

«Die Gefahr ist gross, dass eine Vereinigung aus Joner Sicht eher ein Schritt zurück als einer vorwärts ist», sagte Martin Heggli. «Es gibt zu viele Unbekannte in dieser Sache.» Es könne auch niemand garantieren, dass der Steuerfuss der neuen Stadt beibehalten werden könne. Und wenns nur um die Problematik der Schulgemeinden gehe, dann hätte man diese schon lange zusammenlegen können. «Die Fusion ist für mich eine faule Lösung. Weil schlussendlich niemand dafür die Verantwortung übernehmen will und muss.»

Ein erstes Missverständnis wurde geklärt. Es sei nicht so, sagte Würth, dass Schulgemeinden zwangsweise aufgelöst würden. Das sei im Übrigen auch in der Abstimmungsbroschüre so geschrieben. Als Beispiel wurde die Schulgemeinde Wagen genommen. Diese könne im Herbst 2005 selbständig darüber befinden, ob sie sich auflösen wolle oder nicht. Wenn sie das nicht wolle, bliebe sie bestehen und würde weiter funktionieren

und ihren Steuerbedarf dannzumal einfach bei der neuen Stadt Rapperswil-Jona anmelden, so wie sie es heute bei der Politischen Gemeinde Jona tut. «Die Vereinigung der Politischen Gemeinden würden dadurch aber nicht tangiert», hielt Würth fest.

Interessant war auch, was Walter Domeisen zur bereits heute vereinigten Oberstufenschulgemeinde Rapperswil-Jona sagte. Die Kosten werden aufgrund des Finanzausgleichs-Gesetzes nämlich nicht nach Anzahl Schüler aufgeteilt, sondern anhand der Finanzkraft berechnet. «Bis Mitte der neunziger Jahre war die Finanzkraft von Rapperswil stärker, darum haben wir jährlich mehrere hunderttausend Franken mehr bezahlt, als es der Schülerzahl entsprochen hätte.» Max Schneider schlug vor, für die beiden Gemeinden je eine eigene Schulgemeinde zu schaffen.

# **Der Weisheit letzter Schluss?**

«Wir waren erstaunt, wie sehr sich die Gemeindebehörden in letzter Zeit für die Vereinigung eingesetzt haben», sagte Max Schneider. Er nahm damit ein Thema auf, das auch schon wiederholt in Leserbriefen zur Sprache gekommen war. «Eigentlich hätte wir erwartet, dass sich zumindest der Joner Gemeinderat in dieser Frage neutral verhält.» In der ganzen Frage seien zu viele Details noch offen, man wisse nicht, was da auf einen zukäme. Und vor allem: Nach einer Vereinigung gäbe es zwei Gruppen in der Bevölkerung – jene, die dafür waren und jene, die dagegen waren. «Und dann haben wir den Krach.»

Mit der Abstimmungsbroschüre werde bei den Leuten der Eindruck erweckt, dass nach der Abstimmung das Thema Fusion endgültig vom Tisch sei, dabei gehe es bei einem Ja erst richtig los. Weiter werde suggeriert, dass die Initiative der Weisheit letzter Schluss sei, kritisierte Martin Heggli. «Das stimmt doch nicht», warf Domeisen ein. «Doch», diesmal war es Max Schneider. «Das gegnerische Komitee kommt darin ja gar nicht zu Wort.» Das müsse es auch nicht, erklärte der Rapperswiler Stadtpräsident. Neben der Behörde müssten nur jene zu Wort kommen, die die Initiative oder das Referendum ergriffen haben, weitere Kreise dagegen nicht. Die Gemeindebehörden hätten eine Abstimmungsvorlage ausgearbeitet und darin ihre Meinung und diejenige des Initiativkomitees veröffentlich. «Nur ist es in dieser Frage eben so, dass wir derselben Meinung sei.» Und die vermeintliche Propagandabroschüre des Initiativkomitees entpuppte sich bei näherem Hinschauen als Kurzfassung der doch sehr umfangreichen Broschüre.

# «Wir können den Steuerfuss halten»

Die Steuern. An diesem Thema kommt man nicht vorbei, wenns um die Vereinigung von Jona und Rapperswil geht. Die Berechnungen der

Behörden hätten ergeben, dass es möglich sei, in einer vereinigten Gemeinde den Steuerfuss von Jona beizubehalten. «Unsicherheiten gibt es immer, egal, ob wir fusionieren oder

nicht», betonte Beni Würth. «Die Forderung des Initiativkomitees ist, dass die Finanzpolitik auf dieses Ziel auszurichten sei. Dazu braucht es aber auch die Mithilfe der Bürgerschaft. die in diesem Land immer noch das Sagen hat, wenn es um die Finanzen der Gemeinde geht.»

Man näherte sich damit dem grossen Graben. Max Schneider: «Ja, das mag sein. Aber die Frage, welche die Joner beschäftigt, ist doch diese: Um wie viel könnte man den Steuerfuss senken, wenn es keine Vereinigung gibt.» Diese Frage ist legitim, das bestätigte auch Beni Würth. «Allerdings ist die Vereinigung ein Projekt für die langfristige Zukunft. Steuerfussrelationen können kurzfristig wieder ändern. Es gibt in dieser und anderen Fragen unterschiedliche Ansichten, aber die Aufgabe der Behörden ist es, in die Zukunft zu schauen. Wir dürfen nicht nur verwalten, sondern wir müssen auch gestalten.»

«Uns Gegnern wird vorgeworfen, wir argumentierten (aus dem hohlen Bauch heraus. Dabei argumentieren wir mit zwei funktionierenden Gemeinden im Rücken», sagte Martin Heggli. Wer gegen die Vereinigung sei, habe die heutigen Fakten auf seiner Seite. Wer hingegen für eine Vereinigung sei, verfüge über keine vergleichbaren Tatsachen. «In einer grösseren Gemeinde gibt es auch andere Probleme. Jetzt haben wirs im Griff.» Und es gebe keine Garantie dafür, dass es nachher besser werde. «Garantien gibt es für gar nichts», entgegnete Beni Würth. «Und die Beibehaltung des Status quo ist schon gar keine Garantie dafür, dass es weiterhin so gut geht wie jetzt.»

#### Mehr Gewicht oder nicht?

Das Beispiel der Fluglärmdebatte im Kanton Zürich habe es gezeigt, sagte Max Schneider. «Zwei Gemeinden sind eine mehr als eine.» Und deshalb hätten sie mehr Gewicht, zumindest psychologisch. «Die Auseinandersetzung rund um den Flughafen hat doch einmal mehr ganz klar gezeigt, dass mehrere Gemeinden zusammen einfach mehr erreichen können als eine allein.» - «Das ist nicht so», entgegnete Walter Domeisen. «In unserer Zusammenarbeit mit dem Kanton zählen ja nicht die Anzahl Gemeindepräsidenten, die in einer Frage beim Kanton vorstellig werden.» Und Beni Würth erklärte, wies läuft: «Es gibt für den Kanton nichts Einfacheres, als zwei Gemeinden gegeneinander auszuspielen. Wenn wir mit einer Meinung und dem Gewicht der zweitgrössten Stadt im Kanton auftreten können, dann kommt man einfach nicht mehr an uns vorbei.» Es kam ein weiteres Beispiel: Die Vorlage für ein polysportives Zentrum in der Stadt St. Gallen. «Da sollen nun einfach drei Millionen Franken aus dem Sport-Toto-Fonds hineingesteckt werden - mir nichts, dir nichts. Und wir haben zum Thema Eishalle noch nicht einmal einen Besprechungstermin vom Kanton erhalten.» Das sei aber ein anderes Problem, sagte Schneider. Nämlich das altbekannte, dass man diesseits des Rickens von jenseits nicht genügend ernst genommen werde. Einig wurde man sich auch in dieser Frage nicht.

### **Organisation des Zusammenlebens**

Die Diskussion zeichnete ein deutliches Bild der Meinungen, aber auch davon, dass die anderen Ansichten respektiert werden. «Ich verstehe die emotionalen Argumente, dass man Jona so behalten will, wie es jetzt ist», sagte Beni Würth. «Jona ist eine tolle Gemeinde. Aber wir haben den Auf-

trag, weitsichtig und zukunftsorientiert zu planen, und deshalb sind wir für die Vereinigung.» Schneider: «Wir haben vor vier Jahren über eine fixfertige Vorlage

WALTER DOMEISEN

**«Gemeinsam geht** 

effizienter und auch

es sicherer,

nachhaltiger»

abgestimmt, die uns aber nicht gepasst hat. Und der Zeitpunkt jetzt ist schlecht, aber nicht, weil zu wenig Zeit verstrichen ist, sondern weil die Bevölkerung gefühlsmässig noch nicht so weit ist.» Walter Domeisen fasste es so zusammen: «Politik ist die Organisation des Zusammenlebens. Und gemeinsam können wir es sicherer, effizienter und auch nachhaltiger organisieren.»



8640 Reppersvil Telefon 953 210 44 44

Telefax, 053 210 98 42